



# europa.ch



”

**Nach dem 9. Februar:  
Abgehobene Schweiz im Elfenbeinturm?**

hintergrund

**Der Schweizer Film und die EU**  
 >> Seite 3

**«Was für ein Kampf, heutzutage für Europa einzutreten!»**  
 >> Seite 4

**Die Schweiz: Solistin im europäischen Orchester?**  
 >> Seite 5

interview

**«Wir brauchen jetzt Mut und Sinn für Geschichte»**  
 >> Seiten 6–7

meinungen

**«Die Ecopop-Initiative ist ein Eco flop»**  
 >>Seiten 8–9

veranstaltung

**Alles neu macht der Mai!**  
 >> Seite 10

yes

**Wie das Vokabular die Europadebatte prägt**  
 >> Seite 11



sektion

**Masseneinwanderung: Klare Ablehnung der Kontingente in Genf**  
 >> Seite 12

**Die Sektion Aargau ist wieder aktiv**  
 >> Seite 13

EU-Mythen aufgespiesst

**«Die wahren Pfeifen sitzen in Brüssel»**  
 >>Seite 14

Liebe Leserin, lieber Leser

Gerne möchte ich mit Ihnen zwei Ereignisse teilen, die mich emotional sehr berührt haben. Am 8. Mai habe ich an einer Veranstaltung im Berner Gymnasium Neufeld zum Europatag teilgenommen. Die Reden des Rektors, des EU-Botschafters Richard Jones und des Staatssekretärs Yves Rossier haben mich mit Freude erfüllt. Um mich herum sass die Jugendlichen des Gymnasiums. Mit ihrer Begeisterungsfähigkeit, mit ihrer Tatkraft und Ausstrahlung haben mir die Jugendlichen gezeigt, dass unsere Überzeugung, sich auf diesem Kontinent für eine integrative Schweiz und für die Zukunft der Jugendlichen zu engagieren, richtig ist. Klar, die Jugendlichen sind, wie die Arbeitnehmenden auch, mitverantwortlich für den Entscheid vom 9. Februar. Sie müssen jetzt umso mehr die Verantwortung übernehmen und für eine Schweiz für ein Europa der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität eintreten. Das Flackern in ihren Augen hat mir aber bewiesen: Sie haben die Kraft dazu. Es ist die Kraft einer idealistischen und kreativen Jugend! Merci!

Zwei Tage später habe ich diese Kraft an unserer Generalversammlung und an den États Généraux Européens vom 10. Mai wieder zu spüren bekommen. Während unsere langjährige Präsidentin Christa Markwalder Blumen überreicht bekam, habe ich daran gedacht, wie ihr jugendliches Auftreten uns

die letzten acht Jahre durch schwierige Zeiten begleitet hat. Unser Beifall galt auch dem Neubeginn unter der Führung der beiden Co-Präsidenten François Cherix und Martin Naef, zweier Männer, die sich perfekt ergänzen. Das neue Vizepräsidium mit vier Mitgliedern – drei davon sind unter 35-jährig – und der vergrösserte Vorstand zeigen, dass die Nebs in der gesamten Schweiz und in allen Gesellschaftsschichten Verantwortung übernimmt.

Wir müssen jetzt agieren und nicht reagieren. Die États Généraux Européens sind auch als Aufruf zu verstehen: Eine Zukunft der Schweiz ist nur möglich, wenn die aktiven Kräfte zusammenstehen und für Vielfalt, Fortschrittswille und Europa eintreten!

Wir arbeiten für die Jungen, für ihre Zukunft und mit ihnen zusammen: Daran glauben wir aus tiefstem Herzen. Unsere Prinzipien haben kein Alter, ebenso wenig wie unsere kulturellen und politischen Unterschiede, die Einheit in der Verschiedenheit ist unsere Kraft. Treten wir also ein für die Schweiz in der EU!

Jacques Ducry  
 Vizepräsident der Nebs



**surfen**

**Freie Europa-Daten aus allen Politik-Feldern**

Die Europäische Kommission und ihre Unterabteilungen erheben fortlaufend gesamteuropäische Daten zu allen möglichen sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Phänomenen. In Brüssel lagert so ein immenser Schatz an Informationen. Besonders wertvoll ist, dass die Datenreihen meist weit zurückreichen, was gesellschaftliche Entwicklungen plastisch werden lässt. Den Schatz stellt nun das Projekt «Open Data» jedermann zur bedingungslos freien Verfügung – zur Zeit 6588 Datensätze, die durch ein Stichwortsystem leicht zu erschliessen sind.

<https://open-data.europa.eu/de/data>

**Topfen statt Quark ist in der EU Pflicht**

Für Liebhaber von Finessen des Deutschen bietet eine Website, die eigentlich als Leitfaden für freiberufliche Deutsch-Übersetzer der EU-Institutionen gedacht ist, ein Festessen. Sie gibt zahllose Links zu Stilbüchern, Rechtschreibe-Kodizes, Online-Wörterbüchern, Terminologie-Datenbanken und dergleichen. Auch Skurriles ist dabei, so die Liste der österreichischen Begriffe, die in deutschsprachigen EU-Dokumenten zwingend parallel zum «normalen» Ausdruck aufgeführt werden müssen. Ist von Quark die Rede, muss auch Topfen genannt werden, und Filet muss auch «Lungenbraten» heissen.

[ec.europa.eu/translation/german/guidelines/de\\_guidelines\\_de.htm](https://ec.europa.eu/translation/german/guidelines/de_guidelines_de.htm)

# «DER SCHWEIZER FILM UND DIE EU: REIN, RAUS, REIN, RAUS»

Von **Marc Wehrlin**, ehemaliger Stellvertretender Direktor des Bundesamts für Kultur (BAK)

Es ist in mehrfacher Hinsicht ein Déjà-vu. Die Beteiligung der Schweiz an den Förderprogrammen Creative Europe der EU ist blockiert. Creative Europe ist das Nachfolgeprogramm der Filmförderprogramme MEDIA, an denen die Schweiz seit 2006 mitmachte und schliesst darüber hinaus die gesamte Kulturförderung der EU ein.

Teilnehmen an der europäischen Filmförderung heisst nicht einfach Zugang haben zu Fördertöpfen der EU (welche die Schweiz beim Mitmachen entsprechend mitfinanzieren muss), sondern vor allem Teilhabe an den europäischen Ko-produktions- und Verleihnetzwerken. Ziel der Förderprogramme ist, dass sich in Europa Geschäftsbeziehungen herausbilden, die dem dominanten US-Film etwas entgegensetzen können.

## Warum mehrfach ein Déjà-vu?

Zum Einen ist es mehrfach geschehen, dass die schlechte Grosswetterlage zwischen der Schweiz und der EU zum Rauswurf oder der Blockade bei den MEDIA-Programmen geführt hat. Ursprünglich war die Schweiz das erste Drittland, das Vollmitglied der MEDIA-Programme wurde. Wenige Monate später kam der 6. Februar 1992 und mit ihm die Ablehnung des EWR-Beitritts. Die Schweiz verlor umgehend ihre Mitgliedschaft.

Auch hier führte die Grosswetterlage zur fast nie enden wollenden Verzögerung. Erst als die heissen Dossiers der Bilateralen II im Trockenen waren (vor allem die Zinsbesteuerung), konnte das längst finalisierte Abkommen unterzeichnet werden. Das lange Zuwarten hatte seinen Preis: Das Abkommen dauerte ein knappes Jahr, Ende 2006 lief MEDIA plus aus und für MEDIA 2007 bis 2013 musste umgehend neu verhandelt werden.

Jetzt verhindert die Abstimmung vom 9. Februar 2014 Verhandlungen und wieder muss die Schweizer Filmkulturpolitik ohne das Netzwerk EU auskommen.

## Der zweite Anlass für das Déjà-vu

Mitmachen bei den Förderprogrammen heisst nicht nur angemessen mitzahlen. Die EU verlangt von den Drittstaaten, dass sie gleichzeitig das Regelwerk übernehmen, das für die Audiovision besteht. Das bedeutete ursprünglich freien Marktzutritt für EU-Fernsehprogramme und Quoten für den europäischen Film im Fernsehen. Für MEDIA plus war das relativ leicht zu erfüllen, da parallel eine Konvention des Europarats («Fernse-

hen ohne Grenzen») bestand, die im Wesentlichen kompatibel war und der die Schweiz angehörte. Für MEDIA 2007 kam der Donnerschlag: Die EU beharrte darauf, dass die Schweiz die EU-Regeln anwandre, was namentlich in Bezug auf Werbefenster einen erheblichen Unterschied bedeutete. Hatte die Schweiz bisher gefordert, dass für Werbefenster Schweizer Regeln galten – d.h. vor allem das Verbot der Alkoholwerbung, so sollte diese Einschränkung künftig nicht mehr möglich sein.

Das war für die Schweiz um so schwieriger, als eben erst im Parlament bei der Revision des Rundfunkrechts ein erbitterter Streit ausgefochten worden war, ob Alkoholwerbung im Fernsehen zulässig sei. Die getroffene Lösung, welche Alkoholwerbung für Lokalfernsehen erlaubte, nicht aber für die SRG, war natürlich gegenüber der EU schwer verkäuflich. Offensichtlich war der Jugendschutz nicht Massstab für die gesetzliche Lösung gewesen...

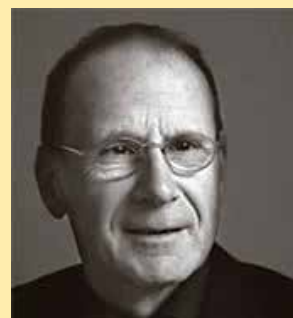
Wir haben in Nachverhandlungen schliesslich erreicht, dass die Schweiz strengere Werberegeln aufstellen kann, wenn diese «verhältnismässig, nicht diskriminierend und im öffentlichen Interesse sind». Verbote von Werbung für Religion, Politik oder Alcopops bleiben möglich – Wein- und Bierwerbung ist frei. Damit war die Schweiz bei Media 2007.

Nun eröffnet sich fürs Mitmachen bei Creative Europe ein neues breites Diskussionsfeld. Unterdessen betreffen die EU-Regeln nicht nur den Rundfunk, sondern Webcasts im Internet oder Video on demand. Unsere Gesetzgebung steht dazu nicht im Widerspruch – sie ist schlicht nicht existent.

Die Filmemacher müssen sich deshalb die bange Frage stellen, ob Bundesrat und Parlament allenfalls legiferieren werden, damit sie im kreativen Europa wieder mit von der Partie sein werden.

Wie gesagt: Alles hängt von der Grosswetterlage ab. ■

## Marc Wehrlin



Marc Wehrlin, 1948, war sechs Jahre Journalist bei Presse und Radio und zwanzig Jahre Rechtsanwalt in Bern. Seit dem 1. Januar 2010 ist er Präsident der Stiftung Schweizerisches Filmarchiv (Lausanne) und Mitglied des Museumsrates des Schweizerischen Nationalmuseums.





# WAS FÜR EIN KAMPF, HEUTZUTAGE FÜR EUROPA EINZUTRETEN!

Von **Gilbert Casaus**, Professor der Europastudien an der Universität Freiburg

Das Schweizer Stimmvolk hat am 9. Februar so entschieden, wie es alle anderen Europäer getan hätten. Überall, in der Schweiz wie in allen EU-Mitgliedstaaten, ist es sehr einfach, Antieuropäer zu sein. Die Schweizer sind es ebenso sehr wie die anderen Europäer, weil Europa seine Bürger nicht mehr zum Träumen einlädt. Die EU ist der perfekte Sündenbock Europas, schuld an allen nationalen Übeln, die ideale Zielscheibe, um sich gegen alle Arten von Krisen aufzulehnen. Europa ist schuld, der Euro ist schuld, Brüssel ist schuld, die Eliten sind schuld, oder die Konformisten, oder die politisch Korrekten usf.

Es ist schlimm, doch es stimmt. Europa ist schuld und verantwortlich für all die Ungemach. Schuld dafür, Entscheide gefällt zu haben, die nicht hätten gefällt werden dürfen, verantwortlich dafür, falsche Entscheidungen getroffen zu haben. Ausser dass diese Verantwortlichen alle Politiker sind, die indirekt oder nicht, ihr Land in den europäischen Institutionen vertreten. Ausser dass sie verantwortlich dafür sind, die europäischen Interessen den nationalen Interessen untergeordnet zu haben.

Die Schweiz bestätigt diesbezüglich nur die Regel. Sie ist für Ihre Entscheidungen genauso verantwortlich, wie es die EU-Mitgliedstaaten für die Entscheidungen der EU sind. Die Schweiz hat eine Initiative vor das Volk gebracht, deren Konsequenzen bis heute nicht absehbar sind. Man kann nicht eine Initiative zur Abstimmung vorlegen, von der man nicht weiss, wie man sie umsetzen soll.

Aber: Die Schweiz ist nicht nur Täter, sie ist auch Opfer. Sie ist ein Opfer ihrer politischen Kurzsichtigkeit, ein Opfer ihrer ewigen sich selbst auferlegten Aufgabe, sich von allem abzuschotten, was sie umgibt. Die Schweiz glaubt immer noch, ihre Grösse sei, was man ihr allgemein nachsagt zu sein: Beschränktheit. Wem aber verdankt die europäische Geschichte ihren Ruf? Dem fremdenfeindlichen James viel-

leicht? Oder doch eher der abenteuerlichen Schriftstellerin Annemarie? Wer hat dem Namen Schwarzenbach mehr Ehre eingebracht? Oder nehmen wir Grüninger, über dessen mutigen Taten während des Zweiten Weltkrieges kürzlich ein Film gedreht wurde. Sollte nicht jede Gemeinde unseres Landes seine Verdienste mit einer nach ihm benannten Strasse würdigen? Sollte man nicht die unzähligen Henri-Guisan-Strassen in Paul-Grüninger-Strassen umbenennen? Warum benennen wir unsere Strassen nach einem Verehrer von Mussolini?

Sie haben sehr wohl verstanden: Der Verfasser dieser Zeilen wünscht sich die Schweiz einer Annemarie Schwarzenbach, eines Paul Grüninger. Es stimmt, der Verfasser hat zur Masseneinwanderungsinitiative ein Nein eingelegt. Es geht hier nicht um irgendein Zusammentreffen von Umständen. Es gibt keinen Zufall, der unabhängig ist von unserem Willen. Es gibt aber eine historische Kontinuität, und die ist gewiss nicht nur dichotomisch. Sie ist es indessen in genügendem Masse, um zu erkennen, dass jeder von uns im Laufe seines Lebens gehalten ist, Entscheidungen zu treffen.

Es ist müssig, sich die Augen zu verschliessen: Am 9. Februar hat sich die Schweiz gegen die Ausländer und gegen die Einwanderung ausgesprochen. In der EU wäre kaum anders entschieden worden, wenn es eine ähnlich gelagerte Volksabstimmung gegeben hätte. Die Schweiz hat sich an jenem Sonntag selber zu einem Gemeinplatz gemacht. Schlimmer noch: Die Schweiz hat sich europäisiert. Sie, die immer anders sein will als die anderen, ist den anderen, die sie stets zu kritisieren pflegt, immer ähnlicher geworden. In Fréjus, einer Stadt an der Côte d'Azur, haben die Menschen einen Bürgermeister des Front national gewählt. Sie wollen keine Ausländer mehr an ihren Stränden. In Rotterdam ist die extreme Rechte stärkste Kraft geworden. Man will keine Ausländer im Hafen. In Budapest hat Viktor Orban, der reaktionärste aller europäischen Verantwortlichen, die Wahlen vom 6. April gewonnen, weil er den «Anderen» nie akzeptiert hat. Ganz zu schweigen von der Jobbik, der rechtsextremen Partei, die gegen Roma hetzt und antisemitisch ausgerichtet ist. Sie ist in Ungarn mittlerweile die zweitstärkste Kraft geworden.

Was für ein Kampf, 2014 für Europa einzutreten! Was für ein Kampf, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus einzutreten! Was für ein Kampf, für den freien Personenverkehr und nicht nur für den freien Kapitalverkehr einzutreten. Was für ein Glück aber, sich in diesen Zeiten an Éluard und an einige seiner Worte zu erinnern: «Liberté, j'écris ton nom.» Das ist Europa! Das ist es, was 50.3% der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 9. Februar nicht begriffen haben, nicht nachvollziehen konnten. ■



4

### Gilbert Casaus

Gilbert Casaus ist Professor für Europastudien an der Fakultät der Geisteswissenschaften der Universität Freiburg/Fribourg. Er hat sich auf die historischen und politischen Prozesse der europäischen Integration spezialisiert und an der Universität Lyon sowie am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft in München studiert, wo er auch doktorierte. Als binationaler und zweisprachiger Politologe hat er am Deutsch-Französischen Campus von Sciences Po in Nancy unterrichtet. Er bezeichnet sich selber als «Zuschauer, der sich für die europäische Idee in der Schweiz» starkmacht.



# DIE SCHWEIZ: SOLISTIN IM EUROPÄISCHEN ORCHESTER?

**Mario Batkovic**, Musiker aus Bern mit kroatischen Wurzeln, hat seine eigene Parabel für das Leben in Europa gefunden. Hin- und her gerissen zwischen verschiedenen Kulturen, stets auf der Suche nach einem verbindenden Element, dass alles zusammenhält, fühlt er sich manchmal wie in einem Orchestergraben. Im folgenden Beitrag ergründet der Autor den Stellenwert der Musik in der Gesellschaft und den Part der Schweiz im europäischen Orchester.



In der Musik studieren Generationen von Menschen etwas, das man nur schwer in Worte fassen kann. Und doch wird die Musik verstanden, überall. Versucht man sich aber an stilistischen oder geschichtlichen Formulierungen einer Begebenheit, so besteht die Gefahr, dass man falsch verstanden wird. Ohne Worte spricht die Musik eine verständlichere Sprache als alles andere.

## Wie klingt die Schweiz? Wie klingt Europa?

Der Kontinent Europa könnte ein Orchester sein und in diesem braucht es klare Strukturen und Regeln. Will ein solches Orchester gut klingen, braucht es dazu gute Musiker. Gute Musiker können aber bekanntlich sehr exzentrisch sein! Normalerweise braucht es in einem Orchester einen Dirigenten, der das Ganze zusammenhält. Die Gefahr dabei? Die reine Vollstreckung eines Werkes, eine bürokratische Angelegenheit, umgesetzt in Töne ohne Rücksicht auf Sinn und Unsinn. Eine andere Gefahr ist das chaotische Zusammenspiel, das zu reinem Lärm führt! Will man die Töne qualitativ und das Werk zum Leben erwecken, muss man die einzelnen Musiker und ihre Charaktere und Spielart berücksichtigen!

## Welche Aufgabe hat die Schweiz in diesem Orchester?

Ist sie die Solistin? Dann muss sie die anspruchsvollen Qualitäten und Besonderheiten eines Solokünstlers mit sich brin-

gen. Oder ist sie die erste, vielleicht die zweite Geige in diesem Orchester? Egal! Wichtig ist, dass jeder Musiker im Orchester einem höherem Zweck dient, in diesem Fall dem musikalischen Werk. Bezogen auf Europa ist dieser höhere Zweck ein Zuhause aller Europäerinnen und Europäer. Zurück zum Orchester: In einem guten Orchester spielen alle Musiker mit ihrem Können und ihren Eigenheiten die ihnen zugeteilte Rolle. Das gemeinsame Musizieren besteht nicht nur aus eigener Tonproduktion, sondern vor allem aus dem Zuhören und dem Verständnis gegenüber anderen Musikern und ihren Instrumenten! Eine sehr komplexe Angelegenheit also dieses Orchester!

## Das Europa der 28 oder möglichst viele musikalische Formen

Zuletzt erklingt das Werk, ein musikalisches Zusammenleben auf dem geographischen Ort, im geografischen Zuhause! Europa: ein Konzertsaal! Wie schön dieser Konzertsaal doch ist! Wunderschön, aber schwer in Worte zu fassen. Für den einen mag es harmonisch klingen, für den Andern mag es einer bestimmten musikalischen Richtung entsprechen! Und die dissonanten Klänge wiederum können sehr interessant, spannend und neu sein, aber: Sie können auch den Wunsch nach einer Akkordauflösung hervorrufen. Am Schluss entscheidet der Geschmack.

Orchester, Bands, Duos, Trios... Europa wird von allen möglichen musikalischen Formen und von noch mehr Stilrichtungen bewohnt. Ich bin der Überzeugung, dass alle Kombinationen aus diesen Formationen wunderbare Musik zum Erklingen bringen können. Wie also klingen Europa und die Schweiz im Zusammenspiel? Diese Frage kann ich nicht mit Worten beantworten. Aber mit meiner Musik. ■

## Mario Batkovic

Der schweizerisch-kroatische Doppelbürger Mario Batkovic kam mit 10 Jahren in die Schweiz. Da er bereits Akkordeon spielen konnte, nahm er Unterricht im Konservatorium Bern. 1998 begann er ein Akkordeonstudium in Hannover und absolvierte 2009 die Musikakademie in Basel. Er unterrichtet heute an der Musikschule in Kirchberg. In seiner Freizeit ist er Soloakkordeonist und Komponist.



# «WIR BRAUCHEN JETZT MUT UND SINN FÜR GESCHICHTE»

**Guillaume Klossa** ist Autor des Buches «Une jeunesse européenne». Bei einem Treffen mit der Nebs spricht er von seiner Analyse über die Zukunft der EU, den Aufstieg des Nationalismus und die Position der Schweiz.

**europa.ch:** *Wie würden Sie die letzten zehn Jahre in Europa beschreiben?*

**Guillaume Klossa:** Es waren Jahre der Krise, aber paradoxerweise auch der Konsolidierung. Die Krisen waren zahlreich und sehr unterschiedlich: Nach dem französischen und holländischen Nein zur europäischen Verfassung im Jahre 2005 hatten wir zunächst eine institutionelle Krise, dann kam die Wirtschafts- und Finanzkrise, es gab eine Währungskrise und eine Krise der politischen Führung, das Gemeinschaftsgefühl steckte ebenfalls in der Krise, und schliesslich gab es auch eine tiefgreifende moralische Krise. Bereits im Jahr 2000 hat der Europäische Rat in Lissabon darauf hingewiesen, dass die Dekade von 2010 bis 2020 eine wachstumsschwache Periode sein werde. Die Probleme sind struktureller Natur: Eine alternde Gesellschaft ist ebenso ein Problem wie ein ungeeignetes Innovationssystem, welches sich zu stark an amerikanischen Innovationen orientiert. Drittens kann auch ein immer intensiverer Wettbewerb das Wachstum behindern. Erneuerungsversuche sind leider teilweise gescheitert.

*Befindet sich Europa also auf dem absteigenden Ast?*

Nach der Subprime-Krise in den USA beschleunigt sich die Polarisierung der Welt. Ohne diese Krise wäre die Wahrnehmung, dass Europa sich auf seinem Abstieg befindet, sicher weit weniger verbreitet: Wir hätten wohl ein gutes Jahrzehnt mehr Zeit, um uns an eine radikal veränderte Welt zu gewöhnen. Heute können wir uns nicht mehr auf das aus der Renaissance stammende Weltbild stützen, wonach der Okzident die Führungsrolle in der Welt innehat. Paradoxerweise hat sich Europa in dieser

«Zu lange haben die Europäer den Schweizern die Vorstellung ermöglicht, dass sie von der EU profitieren können»

Zeit aber auch konsolidieren können. Die EU-Osterweiterung ist zum Beispiel ein grosser Erfolg. Stellen Sie sich vor, die Erweiterung hätte nie stattgefunden: Dann hätten wir jetzt nicht nur eine Krise in der Ukraine, sondern auch in zehn anderen osteuropäischen Ländern. Der Euro hat sich als zweite Weltwährung etabliert und in den Krisen Jahren 2007/2008 haben die Europäer alles unternommen, um eine Krise vom Ausmass der Wirtschaftskrise in den 30er Jahren an ihrer Ausbreitung zu hindern. Die europäische Wirtschaftsunion als Gegenstück zur Währungsunion

kommt voran: Der Europäische Stabilitätsmechanismus kündigt eine Bankenunion und eine föderale Überwachung der Banken an... Diese Errungenschaften bleiben leider für die Bürgerinnen und Bürger unsichtbar, einerseits, weil diese zu stark mit der eigenen Bewältigung der Krise beschäftigt sind, andererseits weil gerade in den südlichen Ländern mittlerweile ein grosses Misstrauen gegenüber

den europäischen Führungspersonen und den eigenen Eliten herrscht. Auf diesem Misstrauen gedeiht der Populismus.

*Wieviel Einfluss hat dieser Populismus auf die Institutionen der EU?*

Ich befürchte, dass sich die moderaten Parteien wie in den 30er Jahren von den extremen Parteien einschüchtern lassen. Noch schlimmer wäre es, wenn sie populistische Programme übernehmen würden, um so die Wähler der Extreme zu umgarnen. Gegen die populistische Versu-

chung muss man widerstehen. Die Frage ist nur wie: mit Mut, mit Pädagogik und mit

einem Sinn für Geschichte. Jede Schule muss ihre Kinder dazu anhalten, in fremde Länder zu reisen. So kann der Zugang zum Fremden und zur Verschiedenartigkeit gelehrt werden. Ebenfalls muss in der Erziehung eine gute Basis an Geschichtswissen vermittelt werden, damit sie als Erwachsene keine Angst vor anderen haben und damit sie die Lust verspüren, etwas aufzubauen und sich nicht gegen aussen abzugrenzen. Die Macht Europas liegt nämlich darin, dass man den Fremden als jemanden erkannt hat, der einem helfen kann. Die Jungen müssen also eine Art positiven Geschichtssinn neu entdecken, sie müssen ihre Neugier und ihren Innovationsgeist entwickeln und den Gemeinschaftssinn erlernen. In einem Wort: Sie müssen den europäischen Geist wieder erwecken. Wir Eltern, sonstige Verantwortliche und Intellektuelle, mit andern Worten der Citoyen, sie alle müssen Bedingungen für unsere Kinder erschaffen, unter denen sie wieder optimistisch in die Zukunft blicken können. Nur so können wir eine Rückkehr in die dunkelsten Kapitel unseres Kontinentes verhindern.

## «Une jeunesse européenne»

«Ich wurde 1973 in der Krise geboren und bin Teil einer Generation, die eine grosse Verantwortung trägt. Mein Buch handelt von dieser Generation. Beim Fall der Mauer waren wir knapp 20 Jahre alt, den 11. September 2001 erlebten wir mit annähernd 30. Wir sind die erste Internetgeneration und im besten Alter, Verantwortung zu übernehmen. Es ist unsere Aufgabe, ein zweifelndes Europa wieder aufzurichten. Wir müssen die Herausforderung angehen und eine gemeinsame Zukunft für diesen Kontinent ausarbeiten.»





*Wie betrachten Sie als Europäer die Schweizerinnen und Schweizer?*

Die Schweizer sind Europäer, auch wenn sie dies manchmal ignorieren. Vielleicht ignorieren sie es, weil sie selbst ein kleines Europa sind. Die EU kann von der schweizerischen Föderation viel lernen, zum Beispiel bezüglich der Sprachenvielfalt, der Demokratie, des Initiativrechts und der Innovationskultur. Ich bin überzeugt, dass die Zukunft der Schweiz längerfristig in der Europäischen Union liegt.

*Wie kann sich ein Schweizerbürger in Europa zurechtfinden?*

Der Schweizer ist Europäer, aber als solcher hat er ein Problem. Die Schweiz ist ein kleines Europa, und daher hat sie wohl Mühe, sich in doppeltem Sinn europäisch zu artikulieren. Die Europäer wiederum waren zu lange anspruchslos gegenüber der Schweiz. Zu lange haben sie den Schweizern die Vorstellung ermöglicht, als Schwarzfahrer ohne Mitgliedschaft von der Europäischen Union profitieren zu können. Der europäische Vertrag ist indessen nicht nur ein ökonomischer Vertrag. Er beinhaltet auch die Erkenntnis, dass man gemeinsam stark sein kann und dass ein europäisches Gesamtinteresse mehr verkörpert als die Summe der nationalen Interessen. Es geht hierbei nicht um eine physische, sondern um eine geistige, kulturelle Dimension, die den Fortschritt und den Willen in ihrem Geschichtsverständnis verankert.

*Sie reden in Ihrem Buch von der Anforderung, dass sich Europa als eine «Macht in der Welt» und nicht als eine «Schweiz ausserhalb der Welt» verstehen muss. Was meinen Sie damit?*

Das Bild ist stark vereinfacht und soll eine Debatte provozieren, die bereits von Olivier Ferrand, dem ehemaligen Berater des Präsidenten der Europäischen Kommission und von Lionel Jospin, dem ehemaligen französischen Premierminister, eingeleitet wurde. Europa hat lange Zeit geglaubt, es könne von der Globalisierung wirtschaftlich profitieren, ohne gleichzeitig als eine politische Macht aufzutreten. Das war möglich zu Zeiten, als der Westen den anderen Regionen der Welt seine Regeln diktierte, aber in der heutigen multipolaren Welt, wo die Machtverhältnisse zwischen den einzelnen Polen entscheidend sind, ist dies nicht mehr möglich. Europa muss sich in der Welt engagieren, es muss eine mutige Aussenpolitik führen mit dem Ziel, die Stabilisierung der Welt nach den Krisen zu fördern und nicht Angst davor haben, seine Kultur zu verbreiten und für seine Werte einzustehen. Es geht hier nicht um Imperialismus, sondern darum, für ein Modell zu werben, das auf Kooperation beruht und welches fähig ist, auf komplexe Probleme mit brauchbaren Lösungen zu reagieren. Gemeinsam müssen jetzt die gewaltigen politischen Probleme, namentlich die Regulierung der Finanzmärkte, die Migration, die nachhaltige Entwicklung und auch die Innovation angepackt werden. Hierfür braucht es die kritische Masse eines gesamten Kontinents, aber auch eine weltweite Öffnung, denn in diesen Fragen funktionieren die nationalen Lösungen nicht mehr. Wir stehen vor einer ciceronischen Wahl, um eine Aussage von Pierre Manent zu zitieren: Entweder baut Europa eine demokratisch-kontinentale Position der Stärke auf, oder es kultiviert den Nationalismus und nimmt in Kauf, in der Welt nicht mehr länger gehört zu werden und dass seine kollektive Souveränität in den entscheidenden Fragen nicht mehr wahrgenommen wird. Denn hinter der Fähigkeit, sich in der Welt Gehör zu verschaffen, steckt die Strahlkraft von fundamentalen Werten wie der Würde des einzelnen

Menschen, des Verbots der Todesstrafe, des Respekts vor der Privatsphäre und der Bedeutung, sich einer nachhaltigen Entwicklung zu widmen.

*Wie sehen Sie die Zukunft der EU? Kann sie den Lauf der Geschichte ändern?*

Mittelfristig sehe ich zwei Szenarien: Entweder löst sich die Union auf oder sie wird eine echte demokratische Macht, verkörpert durch legitime Führungspersonen, eine Macht, die ein neues politisches, wirtschaftliches und soziales Modell erfindet, das auf neuen Rechten und neuen Freiheiten gründet. Es muss ein Recht auf Mobilität für Junge geben, ein Recht auf eine berufliche und politische Weiterbildung. Diese Macht wäre ein neues Zentrum der Innovation, führend in den Technologien von morgen. Ist das alles realistisch? Es braucht, um eine realistische Vision zu entwickeln, zuerst eine idealistische Vision, weil diese eine Art Motor der Veränderung ist. Ich rufe nicht zur Revolution auf und ich glaube nicht, dass wir das kapitalistische System aufgeben, aber wir müssen es sicherlich neu ausrichten. Ich verlange eine Revolution in uns selbst. Unsere Herausforderung muss der Gedanke sein, dass wir Individuen sind, die mit anderen interagieren und dass wir eine gemeinsame Verantwortung tragen, nämlich gut miteinander auszukommen.

(interview: ci)

### Guillaume Klossa

Der französische Schriftsteller ist Initiant des Programms «Erasmus für alle» und Berater einer Arbeitsgruppe zur Zukunft Europas im Europäischen Rat. Guillaume Klossa hat den europäischen Think Tank Europa-Nova, das Programm junger Leader in Europa «40under40», die Konferenz Europa sowie den «New Pact for Europe» gegründet. Heute ist er Direktionsmitglied der in Genf ansässigen Europäischen Rundfunkunion. Diese hat unter anderem den Eurovision Song Contest in Kopenhagen und die vielbeachtete Debatte mit den fünf Kandidaten für die Präsidentschaft der Europäischen Kommission produziert.





# «DIE ECOPOP-INITIATIVE IST EIN ECOFLOP»

Ende des Jahres werden die Schweizerinnen und Schweizer über Ecopop-Initiative abstimmen, die den jährlichen Wanderungssaldo der Schweiz auf 0,2% der ständigen Bevölkerung – d.h. 16000 Menschen pro Jahr – beschränken will. Ecoflop, unnötiges Experiment oder notwendiges Übel? Vier Schweizer Persönlichkeiten äussern ihre Meinung.

## Ecoflop

**Andrea Caroni**  
(Nationalrat FDP, AR)



Ständerat Raphaël Comte (FDP/NE) brachte es kürzlich auf den Punkt: Am 9. Februar haben wir uns in den Fuss geschossen, mit einem Ja zu «Ecopop» würden wir uns in den Kopf schiessen.

Es wird schon ein Husarenritt, den bilateralen Weg trotz Masseneinwanderungs-Ja zu retten. Mit einem starren Deckel von 0.2% Zuwanderung gemäss «Ecopop» wäre der Weg definitiv gesprengt. Genauso klar ist, dass auch unsere Wirtschaft keine Chance mehr hätte, die nötigen Fachkräfte zu erhalten.

Die Initianten begründen ihren Frontalangriff auf die offene Schweiz mit globalen Umweltsorgen. Dem Planeten Erde ist es

aber egal, ob ein deutscher Arzt oder ein französischer Informatiker in der Schweiz arbeiten oder ein paar Kilometer jenseits der Landesgrenze.

Bleibt die Forderung, die Familienplanung im Ausland zu fördern. Der Ansatz ist nicht ganz falsch. Allerdings gibt es viel zielführendere Massnahmen als diesen «Kondom-Imperialismus». Entwicklungsländer brauchen Wohlstand, mit diesem geht das Bevölkerungswachstum von selbst zurück. Dafür brauchen sie aber nicht «Ecopop», sondern bessere Bildung, mehr Freihandel und weniger Korruption.

Fazit: «Ecopop» ist ein «Ecoflop». Der Planet gewinnt nichts, die Schweiz aber verliert. Die Initiative gehört daher abgelehnt.

## Ein unnötiges Experiment mit fatalen Folgen



**Martin Candinas**  
(Nationalrat CVP, GR)



Was der Ständerat schon beschlossen hat, zeichnet sich auch im Nationalrat ab: die Ecopop-Initiative wird sehr deutlich zur Ablehnung empfohlen. Folgende Gründe sprechen dafür:

1. Die Ecopop-Initiative mit ihrem Wunsch nach Beschränkung der Zuwanderung auf 0.2% im Dreijahresdurchschnitt kommt

kurz nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative zur falschen Zeit. Bereits die Umsetzung der ebenfalls dem Personenfreizügigkeitsabkommen widersprechenden Masseneinwanderungsinitiative ist gelinde gesagt äusserst anspruchsvoll und kann je nach Ergebnis der Verhandlungen mit der EU gar zu einem Ende des bilateralen Wegs führen.

2. Die von der Initiative gewünschte Unterstützung der wie es heisst «freiwilligen Familienplanung» in Entwicklungsländern mit 10% der für die internationale Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellten Mittel ist entwicklungs- und migrationspolitisch Unsinn. Wer ernsthaft glaubt, mit dem Verteilen von

Kondomen und zig Kursen zur Sexualbildung liesse sich das Bevölkerungswachstum lindern, irrt gewaltig. Solange Kinder in Entwicklungsländern die beste Versicherung für das Überleben im Alter sind, wird das Bevölkerungswachstum ungehindert weitergehen. Was es braucht ist erstens wirtschaftliche Entwicklung und zweitens Bildung für alle. Genau das versucht die heutige Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz. Und übrigens: Die grosse Mehrheit der Zuwanderer in die Schweiz kommt nicht aus Entwicklungsländern.

3. Die von der Initiative verlangte Beschränkung des Bevölkerungswachstums auf 0.2% ist äusserst schädlich für die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz. In der Realität würde sie nicht nur wie die Kontingente der Masseneinwanderungsinitiative in bestimmten Branchen, sondern praktisch flächendeckend zu einem Einstellungsstopp von Ausländern führen und damit Schweizer Unternehmen zwingen, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern.

Fazit: Eine Annahme der Initiative wäre ein Experiment mit fatalen Folgen, das es aus meiner Sicht unbedingt zu verhindern gilt. Ich empfehle die Initiative deswegen dringend zur Ablehnung.



## Warum Ecopop weder ökologisch noch sozialverträglich ist

**Aline Trede**

(Nationalrätin, Grüne/BE)



Die Ecopop-Initiative steht vor der Tür. Eine Initiative, welche die Einwanderung noch viel radikaler einschränken will als das die Masseneinwanderungsinitiative vorhat. Die Ecopop-Initiative sieht eine Einwanderungsrate von 0,2% vor, das würde momentan 16 000 Personen pro Jahr bedeuten. Und das Schlimmste dieser Initiative ist das ökologische Deckmäntelchen, welches sich die Initianten geben. Die Einwanderung müsse für die Umwelt und die Natur eingeschränkt werden, da sonst unser Land zerstört würde. Diese fremdenfeindliche Initiative ist jedoch alles andere als ökologisch. Sie ist sogar umweltschädlich.

Es spielt für die Welt keine Rolle, wo die Menschen leben. Aus umweltwissenschaftlicher Sicht ist es unerheblich, wo die Menschen leben. Umwelt- und Naturschutzprobleme müssen global gelöst werden, jedes Land muss mithelfen. Entscheidend für die Schweiz ist eine gute Raumplanung, weniger Einfamilienhäuschen-Politik, weniger Platzverbrauch pro Person, ver-

dichtetes Bauen überall. Nur so können wir Naherholungsgebiete, Landschaft und Landwirtschaft erhalten und Zersiedelung stoppen. Denn die Zersiedelung und die Luxusansprüche sind das Hauptproblem für den Natur- und Umweltschutz, nicht die Anzahl der Menschen, welche in unserem Land wohnen. Die Initianten massen sich an, zu beurteilen, wieviele Menschen die Schweiz bzw. die Welt verträgt. Bis jetzt hatte noch niemand recht mit solchen Voraussetzungen.

In meiner heutigen modernen Vorstellung sind Grenzen in unserer globalisierten Welt ein veraltetes System. Also warum lassen wir diese Grenzen nicht nur für Güter und Geld, sondern auch für Menschen fallen, und warum bestimmen wir nicht selber in der EU mit? Eine Annahme der Ecopop-Initiative würde die gute Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern und der EU weiter negativ beeinträchtigen. Ich bin überzeugt, dass dies dem sozialen Frieden in der Schweiz nicht förderlich wäre. Die Ecopop-Initiative gehört ganz klar abgelehnt, da sie fremdenfeindlich und weder umwelt- noch sozialverträglich ist.

## Sollen 9 Millionen oder 12 Millionen Menschen in der Schweiz wohnen?

**Urs P. Gasche**

(Journalist bei Infosperber)



**Fakten:** Nach Annahme der Ecopop-Initiative kann die Bevölkerung immer noch jährlich um über 30 000 zunehmen: 17 000 durch Netto-Zuwanderung und 15 000 wie bisher durch Geburtenüberschuss.

**Grundsatzfrage:** Wollen wir eine Wohnbevölkerung von über zehn Millionen? Erhöht dies unsere Lebensqualität? Hat die Zunahme von 7 auf 8 Million Einwohner unsere Lebensqualität verbessert?

**Lösung von Problemen:** Das weltweite Bevölkerungswachstum und die Ströme von Armutsflüchtlingen kann die Initiative nicht bremsen. Doch eine «offene» Schweiz mit 10 Millionen Einwohnern löst diese Probleme ebenfalls nicht.

Für einen *sinkenden Ressourcenverbrauch* braucht es eine ökologische Steuerreform und Anreize für einen geringeren Konsum. Also eine Abkehr vom Wirtschaftswachstum im bisherigen Stil. Für solche Massnahmen setzen sich Initianten und Sympathisanten der Ecopop-Initiative ein, bisher leider vergeblich.

Gibt die Initiative *fremdenfeindlichen Leuten* Auftrieb? Das Gegenteil trifft zu: Ein zu starkes und rasches Bevölkerungswachstum – aus angeblich wirtschaftlichem und internationalem Zwang – schafft einen gefährlichen Nährboden für noch mehr rechtspopulistische Propaganda.

Folgen für *Wirtschaft, Arbeitsplätze, AHV*? Wenn wir diese Probleme nur mit mehr Bevölkerung bewältigen können: Ab wie vielen Millionen braucht es keine Zunahme mehr? Warum soll es eines Tages doch ohne Bevölkerungswachstum gehen? Warum nicht schon heute?

**Wachstum:** Die Bauwirtschaft will Aufträge für mehr Autobahn-Spuren und mehr Häuser. Der Detailhandel möchte mehr verkaufen. Die Flughäfen wollen mehr Flüge. Die Energiekonzerne wollen mehr Energie absetzen. Die Initiative verhindert, dass die Wirtschaft ihre Umsätze weiterhin auf die billigste Art erhöhen kann, nämlich mit einer stark zunehmenden Bevölkerung.

**Selbstbestimmung oder EU:** Ein selbstbestimmter Alleingang macht nur ohne «autonomen Nachvollzug» der EU-Gesetze einen Sinn. Einzelne Verträge mit der EU wären neu auszuhandeln oder zu kündigen. Materielle Einbussen sind als Preis eines Alleingangs in Kauf zu nehmen.

Wir gehen an die Urne für einzelne Überbauungen oder für eine Einheitskasse. Dank Ecopop können wir über die ungleich wichtigere Frage entscheiden, ob in der Schweiz künftig neun, zehn oder elf Millionen Menschen wohnen können. Falls aus «Sachzwängen» und aus Rücksicht auf EU-Verträge ein Ja zur Ecopop-Initiative nicht möglich ist, schliessen wir uns besser der EU an und bestimmen dort wenigstens in allen Bereichen mit. ■



# ALLES NEU MACHT DER MAI!

Von **Felix Brun**, Mitarbeiter beim Sekretariat der Nebs

Als Alt-Bundesrat Moritz Leuenberger an diesem 10. Mai in die ehemalige Weichenbauhalle des Industrieunternehmens von Roll eintritt, vernimmt er aus dem naheliegenden Auditorium tosenden Applaus. Gerade wird Nationalrätin Christa Markwalder von den Mitgliedern mit stehenden Ovationen als Präsidentin der Nebs verabschiedet. Sie hat aufgrund ihres Amtes als zukünftige Nationalratspräsidentin die Präsidentschaft der Nebs an die beiden Co-Präsidenten Martin Naef aus Zürich und François Cherix aus Lausanne weitergegeben. Acht Jahre lang hat Christa Markwalder die Nebs als Präsidentin mit grossem Engagement durch Höhen und Tiefen begleitet und der Bewegung ein Gesicht gegeben. Ihre beiden Nachfolger Martin Naef und François Cherix



(v.l.n.r. François Cherix und Martin Naef. Foto: Raphael Reber)

Bewegung eine neue, verjüngte Form gegeben. Der Vorstand wurde vergrössert und verfügt heute über annähernd zwanzig Mitglieder aus allen gesellschaftlichen Bereichen aus den italienischen, französischen und deutschen Sprachregionen. Neu gibt es eine Vizepräsidentschaft mit vier Mitgliedern. Nationalrätin Aline Trede, die Kulturschaffende Sabrina Hofer, Sebastian von Graffenried, Präsident der Jugendorganisation YES, und Jacques Ducry, langjähriger Tessiner Vizepräsident der Nebs, werden die Co-Präsidenten unterstützen und der Nebs neuen Schwung verleihen.

Etwas später wird der wortgewandte Redner Moritz Leuenberger davon sprechen, dass die Schweiz sich nicht allein um globale Probleme wie Migration, Armut und Klimawandel kümmern kann. Er wird die ewige Suche nach dem Sonderfall Schweiz kritisieren und sich verwundert zeigen darüber, dass sich die Schweiz stark an der Ablehnung der EU definiere, obwohl sie von ihr abhängig sei. Zum Schluss seines Referates wird er zu Veränderungen in der schweizerischen Europapolitik aufrufen. Die Rede wird noch bis weit in den mittäglichen Aperó in den Köpfen der Anwesenden nachhallen.

Nach der Verpflegung diskutieren auch die Teilnehmenden der Etats Généraux Européens EGE über die Europapolitik. In den Arbeitsgruppen «historische Perspektiven», «öffentliche Meinung» und «rechtlich / politische Schwierigkeiten» verhandeln sie die schweizerische Europapolitik im Allgemeinen und die Rolle der Nebs im Speziellen. Es wird um Worte gerungen, manchmal schlägt jemand auf den Tisch. Man engagiert sich für eine Schweiz in Europa, für ein Europa in der Schweiz. Die Diskutierenden fordern mehr Emotionen und weniger juristisches Tauziehen. Mit Tatkraft, Energie und Kreativität, so fordern sie, soll die Nebs eine klare Position beziehen und so den konstruktiven, europafreundlichen Kräften ein Vorbild sein. Ein frischer Wind weht durch die offenen Fenster und durch die Nebs. Nach langen Verhandlungen im Plenum verabschieden die müden, aber glücklich aussehenden Teilnehmer der EGE eine Resolution: «Die Schweizerinnen und Schweizer sind alle Europäer!», heisst es dort, und dass die Nebs jetzt «unverzüglich für den Kampf gegen die Isolation ihres Landes mobilisieren» muss. ■



kennen sich gut und ergänzen sich perfekt. Die Anwesenden der Generalversammlung anerkennen die grossen Verdienste der beiden Politiker in der schweizerischen Europapolitik und wählen sie diskussionslos und einstimmig in das Präsidium der Nebs.

Im gleichen Zug haben die Mitglieder der Nebs einer Erneuerung zugestimmt. Sie haben die Zeichen der Zeit erkannt und der



# WIE DAS VOKABULAR DIE EUROPADEBATTE PRÄGT

Von **Elisabeth Haers**, Generalsekretärin der young european swiss (yes)



Der 6. Dezember 1992 hat bezüglich der Beziehung zwischen der Schweiz und der Europäischen Union Geschichte geschrieben. Mit dem «Nein» zum EWR begann der Balanceakt des Bundesrats in Sachen Europapolitik. Doch mittlerweile ist eine Generation herangewachsen, die dieses Datum nur aus Geschichtsbüchern kennt. Diese Tatsache wird sämtliche zukünftige europapolitische Abstimmungen beeinflussen. Denn gerade diese Generation ist einerseits mit Errungenschaften wie offenen Grenzen, Austauschprogrammen und einer geradezu selbstverständlichen Vernetzung innerhalb Europas aufgewachsen. Andererseits sind die «jungen WählerInnen» aber auch in einem Land aufgewachsen, wo der Dialog über Europa mit einem Vokabular unter dem Diktat der Gegner geführt wird.

Eine sachliche und differenzierte Debatte hat in den letzten Jahren kaum stattgefunden. Als Politiker vermeidet man es, positiv über die humanistischen Errungenschaften der Europäischen Union zu sprechen. Im politischen Prozess genügt eine Reduktion auf die wirtschaftlichen Aspekte, um bei Abstimmungen die Beziehungen zur EU nicht zu gefährden. Die Kritiker jedoch schritten weiter. Sie nutzten die von Krisen geplagte Union, um sich abzugrenzen und sich selber als Willensnation und bestes Beispiel von Demokratie darzustellen. Es war ein Leichtes, die EU als Übel der Globalisierung darzustellen; den Trugschluss zu propagieren, dass wir innerhalb der EU ganz untergehen würden. Eine Gegenstimme war kaum zu hören.

Begriffe wie «Diktatur aus Brüssel», «Kolonialvertrag», «Grossmacht EU», «die EU und ihr totalitäres System» machen seit Jahren die Runde in der Gesellschaft und werden ohne Überprüfung von vielen übernommen. Diese Begriffe treten immer mit den sogenannten Grundpfeilern der Schweiz, wie Neutralität und Selbstständigkeit gepaart auf. Diese Kombination vermittelt gleich zwei Sachverhalte. Einerseits, dass die Schweiz von aussen bedroht wird und somit die Grundpfeiler in Gefahr sind und diese verteidigt werden müssen.

Eine Europa-debatte ohne diese Begriffe scheint kaum mehr möglich zu sein. In der Schweiz hat dies unter anderem zur Folge, dass erneut ein Réduit, diesmal gegen den Feind «Europäische Union», heraufbeschworen wird. In diesem Kontext von einer Diktatur zu sprechen, ist nicht nur rücksichtslos gegenüber all den Menschen, die tatsächlich einer Diktatur ausgesetzt sind. Es ist vor allem auch ein deutlicher Beweis, dass man die Grundidee des historischen, bisher einmaligen Projekts «Europäische Union» nicht verstehen will. Denn die EU ist nicht Feind, sondern Freund der Schweiz: Sonst hätte man keine Beziehung etabliert, wie es heute zwischen den beiden Partnern gibt.

Es ist nicht abzustreiten, dass die EU über ein Demokratiedefizit verfügt, das machen auch die Europawahlen deutlich. Aber um die Defizite innerhalb der EU zu verstehen, müssen wir wieder mit sachlichen Begriffen diskutieren und die

Verteufelung eines friedlichen Europa verhindern.

Gerade auch in der Schweiz gäbe es so viele interessantere, konstruktivere Themen, die man im Zusammenhang mit der Europäischen Union debattieren könnte. Themen, die zu einem demokratischeren Europa beitragen könnten. Wir wissen, dass viele Mitgliedstaaten mit Bewunderung auf unsere demokratischen Institutionen schielen. Ein demokratischeres Europa würde auch der Schweiz dienen.

Die EU nicht differenzierter zu betrachten, zeugt von einer Verweigerung, die Zukunft unseres Landes innerhalb Europas konstruktiv mitzugestalten. Wir sollten wieder den Mut haben, aufzuzeigen, dass man mit einer direkten Form der Demokratie nicht nur abgrenzt. Sondern gerade diese Form der Demokratie eigentlich nur nachhaltig ist, wenn alle zu Wort kommen und man demokratisch legitimierte Kompromisse findet.

Eine Berichterstattung, die aber nur von «der» EU berichtet und sich nicht mal die Mühe macht, aufzuzeigen, welche Institution bestimmte Entscheide fällt, trägt zu einem Wissensdefizit über die Europäische Union in der Schweiz bei und verunmöglicht sachliche Debatten.

Schaffen wir es nicht, ein Klima für Debatten herzustellen, wird es gerade für Abstimmungen im Zusammenhang mit der EU zunehmend schwierig, eine Mehrheit im Volk, insbesondere bei jungen Bürgern, zu finden. ■





# MASSENEINWANDERUNG: KLARE ABLEHNUNG DER KONTINGENTE IN GENÈVE

Von **Anne Carron**, Präsidentin der Nebs Genf



Am 9. Februar wurde die Masseneinwanderungsinitiative von 50.3% der Stimmdenden angenommen. Vierzehn Kantone und ein Halbkanton haben die

Initiative angenommen. Wie in allen anderen Kantonen der Romandie wurde die Initiative auch in Genf verworfen, die Genfer stimmten mit 60.9% sehr deutlich gegen die Initiative. Wir erinnern uns: Die Genfer Bevölkerung hat 2005 die Ausweitung der Bilateralen Verträge mit 58% gutgeheissen. Vor sechs Monaten wiederum hatten europafeindliche Kräfte gegen die Öffnung Genfs mobilisiert und konnten mit ihrer «Rosinenpicker-Politik» im Parlament ihre Präsenz ausbauen und sogar in die Regierung einziehen.

Betrachtet man die Besonderheiten der Genfer Wirtschaft, erweist sich eine Umsetzung der Initiative als nahezu unmöglich. Genf ist seit langer Zeit ein Ort, wo Neuankommlinge offen empfangen werden und wo die verschiedenen gesellschaftlichen Ausformungen miteinander harmonieren. Die Präsenz verschiedener internationaler Organisationen und zahlreicher Firmen aus aller Welt hat den multikulturellen Charakter unserer Gesellschaft verstärkt und die wirtschaftlichen Aussichten verbessert. Genf verdankt diesen Organisationen und Firmen einen Grossteil seines Rufs, seiner Ausstrahlung und seines wirtschaftlichen Erfolges.

Folgt man den Zahlen des Bundesrates, hätte die Stadt Genf bei einer Umsetzung der Initiative im Jahr 2013 34 881 Kontingentseinheiten erhalten, um die

Bedürfnisse der Wirtschaft abzudecken. Genf verfügt mit 20% aller in der Schweiz ausgestellten B-Ausländerausweise über einen extrem hohen Ausländeranteil, der sich noch eindrücklicher liest, wenn man bedenkt, dass die Einwohnerzahl der Stadt Genf nur 5.5% der Gesamteinwohnerzahl der Schweiz ausmacht. Die 34 881 Kontingentseinheiten zeigen, wie stark die Genfer Wirtschaft auf seine Ausländer angewiesen ist. (Quelle: François Longchamp, Präsident des Staatsrates Genf, während der Grossratssitzung vom 14. Februar 2014)

Neben der Berechnung der Kontingente müssen auch die Grenzgängerbewilligungen berücksichtigt werden. Im Jahr 2013 hat der Kanton Genf 69 200 aktive Grenzgänger registriert, was einem Viertel aller Grenzgänger in der Schweiz entspricht. Von diesen 69 200 Grenzgängern gingen 75% einer Beschäftigung im Dienstleistungssektor (Detailhandel, Gastronomie, Grosshandel) nach. 24% waren im industriellen Sektor (hauptsächlich im Baugewerbe) tätig, und nur 1% arbeitete im landwirtschaftlichen Sektor. (Quelle: Genfer Kantonsbüro für Statistik)

Die einfache Rechnung zeigt, dass ein nationales Kontingent von 80 000 Einwanderern, welches im Übrigen von der SVP immer noch als zu hoch erachtet wird, den Bedürfnissen unseres Landes bei weitem nicht genügt. Die Kontingentierung würde den Kanton Genf hart treffen. Der Kanton müsste Entscheidungen treffen, die ihm selbst schaden, und verschiedene Verträge müssten gekündigt werden. So hätten Firmen keine

Möglichkeit, sich in Genf anzusiedeln, während gleichzeitig verschiedene der in Genf ansässigen Firmen wegziehen würden. Firmen im Dienstleistungssektor, die sich aufgrund der geografischen Lage Genfs als Grenzkanton darauf spezialisiert haben, ausländische Arbeitskräfte anzustellen, müssten dichtmachen. Würde sich alles so entwickeln wie dies die SVP plant, würden dem Kanton wichtige Steuereinnahmen entzogen, und der Kanton müsste verschiedene Leistungen, zu denen er sich gegenüber seinen BürgerInnen verpflichtet fühlt, streichen.



Die Genfer Regierung und die anderen zuständigen Behörden müssen daher schnellstmöglich eine Lösung aufzeigen, wie der Volkswille umgesetzt werden kann, ohne dass die Bedürfnisse der Wirtschaft allzu sehr Schaden nehmen. Die Aktivmitglieder der Nebs erhoffen sich von der Umsetzung der Initiative, dass sie Klarheit zu den erwähnten Schwierigkeiten schafft. In Anbetracht der Schäden, welche bei einer Umsetzung der Initiative dem Kanton Genf drohen, sollten wir auch die Möglichkeit eines Referendums nicht ausschliessen. ■





# DIE SEKTION AARGAU IST WIEDER AKTIV

Von **Christian Kälin**, Präsident der Regionalgruppe Aargau

Die Regionalgruppe der Nebs im Kanton Aargau feiert ihr zehnjähriges Jubiläum. Auch im konservativen Kanton Aargau gibt es eine kleine aktive Gruppe, welche sich intensiv mit den Beziehungen zu den Nachbarn auseinandersetzt. Der Aargau ist der viertgrösste Kanton der Schweiz. Er hat eine lange gemeinsame Grenze mit Baden-Württemberg. Der Rhein verbindet die Schweiz mit Deutschland, unser Kanton exportiert viele Güter, vor allem durch KMU's, nach Europa.

Viele Leute kennen den Kanton Aargau von der Durchfahrt oder wegen der (konservativen) Abstimmungsresultate. Der Kanton Aargau ist ein Konstrukt von Napoleon. 1798 war Aarau ein paar Monate der Sitz des Direktoriums der modernen Helvetischen Republik. Der Kanton besteht aus verschiedenen Regionen und hat kein Zentrum. Hübsche Kleinstädte wie Zofingen, Aarau, Brugg, Lenzburg, Laufenburg, Rheinfelden oder Bad Zurzach ergänzen das eher urbane Baden und Wettingen mit den Sitzen von internationalen Konzernen wie ABB und Alstom. Der Aargau ist beliebt, es wird eine Zuwanderung von 100 000 Personen in den nächsten 20 Jahren prognostiziert. Dies sind vor allem Zürcher und Familien, welche die hohen Preise in den Vorstädten der grösseren Zentren nicht mehr bezahlen wollen oder können.

Der Aargau verfügt neben der Logistik (Autobahn, SBB) und der Infrastruktur (AKW, Strom) über schöne Schlösser, viel Natur im Jura, um den Hallwilersee oder entlang der Flüsse Aare, Rhein, Reuss und Limmat. Der Kanton bietet einige kulturelle Leuchttürme, als Beispiel sind hier das Kulturzentrum KiFF oder das Stapferhaus Lenzburg erwähnt. Wir haben relativ tiefe Steuern und eine fünfköpfige Regierung aus fünf Parteien, welche sich zur Zeit auch dem Sparen verschrieben hat. Mit den Kantonen BS, BL und SO besteht eine erfolgreiche Zusammenarbeit in Bildungsfragen, gemeinsam wird die Fachhochschule Nordwestschweiz betrieben.

In den saturierten Agglomerationen des Mittellandes werden die künftigen Abstimmungen entschieden. Hier werden die Ängste des Mittelstandes von der grössten Partei erfolgreich bewirtschaftet. In den urbaneren Kleinstädten wie Baden oder Aarau ist inzwischen das Stadtpräsidium grün oder rot. Dies



(v.l.n.r.: Roland Ringgenberg, Christian Kälin, Christa Markwalder, Caroline Iberg, Lukas Schürch)

war vor 20 Jahren unvorstellbar, als FDP und CVP noch die bestimmenden Parteien waren.

Die europäische Frage hat einen schweren Stand im Aargau. Man befürchtet eine höhere Mehrwertsteuer, noch mehr Bürokratie, noch mehr sogenannten Dichtestress, fremde Richter, weniger Mitsprache.

In der Hauptstadt Aarau mit nur 20 000 Einwohnern ringen das kantonale Parlament und die Regierung um politische Vorlagen und um Kompromisse. Die Vertreter aus dem fernen Muri (kulturell nahe bei der Innerschweiz), aus Aarburg oder Rothrist (Sitz von Franke und Rivella), aus Leibstadt (Standort des AKW, rekordtiefe Steuern) und aus Frick (beliebte Wohngegend der Basler) bekämpfen einander verbal, aber beim Apéro am Abend oder an kulturellen Anlässen smalltalken und lachen sie wieder miteinander.

Der Aargau ist ein Vorbild für Europa. Regionen, künstlich zusammengekommen, man lernt sich kennen, hat Vorurteile, man debattiert, und man sucht Kompromisse. Aarau ist für die meisten Aargauer weit weg und in ihrem Leben völlig irrelevant. Ein bisschen wie Brüssel für die Freunde aus Palermo oder Uppsala.

Die Nebs trifft sich regelmässig im Restaurant Sportplatz beim Stadion Brügglifeld in Aarau oder an Anlässen im Restaurant Einstein in Aarau. Interessierte sind herzlich willkommen. Im Sommer lancieren wir eine Austauschplattform auf dem Internet.

Es geht um den Austausch von Erfahrungen, um das Verstehen und um das Lernen. ■

Kontaktnahme : Roland Ringgenberg, Suhr  
aargau@europa.ch



# «DIE WAHREN PFEIFEN SITZEN IN BRÜSSEL»

«EU-Bürokraten (...) verspielen noch den letzten Kredit der EU. (...) Kleingärtner dürfen nur noch zertifiziertes Saatgut benutzen! Zehn-Meter-Sprungtürme dürfen nur noch nach Norden zeigen! (...) Die gute alte Glühbirne ist verboten – kommt als viermal teurere „Speziallampe“ zurück! (...) Laut EU-Richtlinie RoHS2 sollen jetzt alle Kirchenorgeln verschwinden. Die teils jahrhundertealten Pfeifen enthalten Blei – weg mit den Orgeln. Die wahren Pfeifen sitzen in Brüssel und pfeifen aus dem letzten Loch.»

Helmut-Maria Glogger in seiner Kolumne «Glogger mail», Blick am Abend, 17.02.2014

## Die EU-Verwaltung besteht nicht aus Trotteln und Pausenclowns

1. Gloggers Rundumschlag lehnt sich inhaltlich an den tief-schürfenden Beitrag «EU-Schwachsinn: Von Samen, Glühbirnen und Springtürmen» an, der am 18. Mai 2013 (!) auf der deutschen Knalltüten-Website «PRAVDA TV» erschienen ist. Die Kernbotschaft von «PRAVDA TV» ist übrigens (sofern ich das Geschwurbel richtig verstanden habe), dass die Bewohner der Bundesrepublik Deutschland seit 2010 staatenlos sind, weil der Bundestag Adolf Hitlers Erlass von 1934 über die Staatsangehörigkeit aufgehoben hat. Wie auch immer: Das ist zweifellos eine eminent vertrauenswürdige politische Informationsquelle für einen Schweizer Newsjournalisten.
2. Die EU-Administration in Brüssel ist, anders als «PRAVDA TV», Helmut-Maria Glogger und manche andere Europhoben das darzustellen beliebt, kein Klübchen von Trotteln und Pausenclowns, sondern eine effiziente moderne Verwaltung mit grosszügig ausgestatteten Informationsabteilungen auf allen Ebenen. Ein Newsjournalist kann von seinem Arbeitsplatz aus online mit geringstem Rechercheaufwand praktisch jede Information zu EU-Angelegenheiten aus erster Hand abrufen. Zugegeben: Noch einen Tick bequemer ist es, so seriöse Quellen wie «PRAVDA TV» abzukupfern.
3. Dass Sprungtürme in Bädern möglichst sonnenabgewandt platziert werden sollten (damit Teilnehmer an Sprungwettbewerben nicht geblendet werden), ist eine völlig unverbindliche, private Branchenempfehlung für deutsche Bäderbetreiber; mit der EU hat sie nichts zu tun. Niemand in der EU hat etwas gegen Kirchenorgeln. Sie sind nicht etwa neu auf den Verbotsindex gelangt, im Gegenteil: In der ersten Version der Richtlinie, welche die Verwendung gefährlicher Substanzen in Elektro- und elektronischen Geräten regelt, figurierten sie ausdrücklich auf einer Ausnahmenliste; bei der Überarbeitung der Richtlinie wurde die Liste weggelassen, weshalb deutsche Orgelbauer eine Rechtsunsicherheit witterten. Inzwischen wurde längst vereinbart, die Orgeln wieder ausdrücklich vom Bleiverbot auszunehmen. Dass Glühlampen, für den privaten Haushaltgebrauch aus Gründen der Energieeffizienz inzwischen verboten, für ganz bestimmte technische und industrielle Applikationen in einer verstärkten, stossfesten Version unverzichtbar bleiben und deshalb im Fachhandel angeboten werden, ist doch kein Widerspruch zum Verbot der Haushaltversion. Wenn einer aus lauter Anti-EU-Trotz für die Birne seiner Stubenlampe partout den vierfachen Preis bezahlen will, ist er wohl selber ein Trottel oder PausencLOWN.
4. Das Saatgut-Thema schliesslich ist gerade kein Schandfleck für die «tumbe EU», sondern im Gegenteil ein Schulbeispiel dafür, was demokratische Initiativen in der EU erreichen können. Der Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Zusammenfassung und Neuformulierung von zwölf verschiedenen EU-Rechtsakten zu dem Thema in einer neuen Saatgut-Verordnung ist in bäuerlichen und ökologischen Kreisen auf enormen Widerstand gestossen. In manchen EU-Ländern liefen Petitionen mit Hunderttausenden von Unterschriften. Das Europäische Parlament hat jetzt in erster Lesung das Projekt überwältigend, mit 650:15 Stimmen, abgelehnt. Die meisten EU-Beobachter glauben, dass die Verordnung noch in diesem Jahr endgültig versenkt wird; die nach den Europawahlen neu bestimmte Europäische Kommission muss dann das Vorhaben völlig überarbeiten und neu aufgleisen. (sp)





 **Machen Sie bei der Nebs mit!**

Unsere Mitglieder sind uns besonders wichtig. Indem sie ihren jährlichen Beitrag entrichten, tragen sie zur Finanzierung unserer Sensibilisierungskampagnen, unserer öffentlichen Veranstaltungen und Projekten bei. Sie können uns in unseren Aktivitäten helfen. Machen Sie mit!

Ja, ich möchte gerne mehr Info über die Nebs erhalten.

Kontakt:

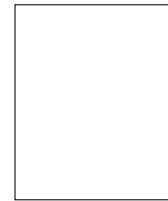
Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_



Neue Europäische  
Bewegung Schweiz  
Scheibenstrasse 29  
CP 481  
3000 Bern 22

**eu.spots**

**EU und Briten**

Im euroskeptischen Grossbritannien sind Vorbehalte gegen eine «Masseneinwanderung» aus den EU-Ländern virulent. Manche Briten haben aber leer geschluckt, als die Regierung in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage Zahlen herausrückte: Im eigenen Land leben (Stichjahr 2010) 2,3 Mio. Bürger anderer EU-Länder – aber fast ebenso viele Briten, nämlich 2,2 Mio., haben sich im EU-Raum niedergelassen. Allein in Spanien sind es über 1 Mio. Briten. (sp)

**EU und Mafia**

Ein Beamter des italienischen Aussenministeriums enthüllte an einer Brüsseler Sicherheitskonferenz, dass das jährliche «Budget», das dem organisierten Verbrechen Italiens für Investitionen zur Verfügung steht, mit geschätzten 200 Milliarden Euro grösser ist als das gesamte EU-Budget für 2014 (140 Milliarden). Nur etwa 10% des Mafia-«Budgets» würden in Italien selbst investiert, der grosse Rest mehrheitlich sonstwo in Europa. «Sie haben überall gute Freunde.» (sp)

**EU und Medien**

Die Erfolgchancen einer «Europäischen Initiative für Medienvielfalt» sind beträchtlich gestiegen, seitdem die deutsche Gewerkschaft Verdi sich hinter das Vorhaben stellt. Für das Zustandekommen braucht es 1 Mio. gültige Unterschriften aus mindestens sieben EU-Ländern. Die Initiative zielt nicht zuletzt auf die prekären Verhältnisse in Ungarn und Italien (Berlusconi-Medien) ab. Sie verlangt von der EU griffige Massnahmen zum Schutz der Medienvielfalt. (sp)







**Modell 1600.** Der Klassiker neu interpretiert. Design: Girsberger Werksdesign 1961.



16

